



GLOBAL 2000 und Greenpeace-Positionen zur Weltklimakonferenz in Poznan

Verantwortung ernst nehmen – Industriestaaten müssen Klimaschulden tilgen

Der Klimawandel schreitet schneller voran als bisher vermutet. Extreme Wetterereignisse häufen sich und es steht zu befürchten, dass das Nordpolarmeer früher als erwartet im Sommer eisfrei sein wird und dass auftauende Permafrostböden erhebliche Mengen Methan freisetzen werden.

Die armen Regionen sind vom Klimawandel am härtesten betroffen. Sie sind den immer öfter auftretenden Stürmen und Fluten wehrlos ausgesetzt. Durch die Verschiebung von Jahreszeiten und Vegetationszonen entstehen Ernteverluste, die lebensbedrohlich sein können.

Seit 1906 ist die Temperatur weltweit um durchschnittlich 0,8 °Celsius angestiegen. Die inzwischen von der Wirklichkeit noch übertroffenen Prognosen des UN-Klimarats (IPCC) gehen für dieses Jahrhundert von einem Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur um zwei bis 6,4°Celsius aus. Es droht der Verlust von etwa einem Drittel aller bekannten Tier- und Pflanzenarten.

Der Klimawandel wird langfristig weit katastrophalere Auswirkungen auf die Wirtschaft haben als die derzeitige Finanzkrise. Natur und menschliche Gesundheit sind gefährdet. Schon bei einem Anstieg der Globaltemperatur um 2°Celsius werden 90 bis 200 Millionen Menschen mehr als heute von Malaria bedroht sein. Die landwirtschaftliche Produktivität wird abnehmen und die Ernährungskrisen insbesondere in den armen Ländern werden sich noch verschärfen.

Selbst wenn die Treibhausgasemissionen sofort völlig gestoppt würden, ließe sich der Klimawandel nicht mehr gänzlich aufgehalten. Nur wenn gerade die Industriestaaten ihre Emissionen drastisch reduzieren und dafür sorgen, dass eine nachhaltige Entwicklung weltweit möglich wird, könnte der globale Temperaturanstieg unter 2° Celsius bleiben. Je früher die Reduktionen eingeleitet werden und je mehr Staaten sich daran beteiligen, desto besser stehen die Chancen für eine Trendwende.



Vor diesem Hintergrund fordern GLOBAL 2000 und Greenpeace

□ Da 2012 die erste Verpflichtungsperiode des Kyoto-Protokolls endet, muss spätestens 2009 ein Anschlussabkommen verabschiedet werden. In Anbetracht der z. T. langwierigen Ratifizierungsprozesse wird nur so ein lückenloser internationaler Klimaschutz möglich sein. **Der auf Bali vereinbarte Zeitplan muss eingehalten und für 2009 konkretisiert werden. In Poznan müssen die Verhandlungen über konkrete Punkte eröffnet werden.**

□ Die Industrieländer tragen die Hauptverantwortung für den Klimawandel. Sie müssen deshalb hohe Reduzierungen akzeptieren und zwar um 40% bis 2020 im Vergleich zu 1990. Dabei müssen diese Ziele im eigenen Land erfüllt werden, denn eine Verlagerung von Minderungsmaßnahmen in andere Länder können wir uns angesichts der weltweit notwendigen Reduktionsziele nicht leisten. **In Poznan müssen deshalb alle Industriestaaten deutlich machen, dass sie bereit sind, Emissionsreduktionen des auf Bali vereinbarten Reduktionsziels von minus 40% verbindlich und unabhängig von Zusagen der Schwellenländer zu akzeptieren. GLOBAL 2000 und Greenpeace lehnen die Fortführung des Clean Development Mechanism (CDM) in der derzeitigen Form ab. Investitionen in nachhaltige Klimaschutzprojekte in den sich entwickelnden Ländern müssen verbindlich und zusätzlich zu den heimischen Reduktionsverpflichtungen erfolgen.**

□ Die Industriestaaten müssen durch finanzielle und technologische Hilfe die Entwicklungs- und Schwellenländer unterstützen, einen nachhaltigen Entwicklungspfad einzuschlagen. **Die auf Bali anerkannte Verantwortung muss in Poznan mit Inhalt gefüllt werden. Die Industriestaaten müssen konkrete und stabile Finanzhilfen - zusätzlich zu derzeitigen Entwicklungshilfebudgets – unter der Verwaltung der UNFCCC und keinesfalls unter Führung der Weltbank zusagen.**

□ Die Anpassung an den Klimawandel und der Schutz gefährdeter Regionen vor Klimaextremen sind dringend erforderlich. **Der Anpassungsfonds muss deutlich aufgestockt werden. Die Industriestaaten müssen hierzu in Poznan Vorschläge für neue Finanzquellen unterbreiten.**

□ Zur Finanzierung beider oben genannter Aufgaben sind eine internationale Kerosinsteuer und eine Flugticketabgabe, Gewinne aus der Versteigerung von Emissionszertifikaten sowie Abgaben auf den internationalen Zertifikate-Handel und Devisentransaktionen probate Mittel.



- Neue Technologien sind notwendig, um klimafreundliches Wirtschaften zu ermöglichen. Die internationale Staatengemeinschaft muss die Forschung bei erneuerbaren Energien und Energieeffizienz verstärken und die Verbreitung nachhaltiger Technologien beschleunigen. Nicht nachhaltig sind die großflächige Herstellung von Agrotreibstoffen, die Atomkraft sowie die Abscheidung und Verpressung von Kohlendioxid. Teure Patentrechte machen viele klimafreundliche Technologien für Entwicklungsländer unerschwinglich. Durch gemeinsame Forschungsprojekte zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern können einerseits Innovationen gefördert und Kapazitäten aufgebaut werden, andererseits erlagen die Länder des globalen Süden auf diese Weise eigene Patentrechte.

- Der Forest-for-Climate – Finanzierungsmechanismus ist eine Möglichkeit den Schutz der Wälder zu gewährleisten, in dem der Schutz der Wälder lukrativer gemacht wird, als dessen wirtschaftliche Verwendung. Damit stellen die Industriestaaten durch ihre Finanzierung die Biodiversität der Wälder, den Klimaschutz, die Rechte der indigenen Bevölkerung und den Schutz der Wälder sicher.

- Das Abholzen tropischer und borealer Wälder ist eine wesentliche Quelle von Treibhausgasemissionen und verschärft die Klima-Problematik. Das derzeit verhandelte Instrument REDD (Reducing Emissions from Deforestation and Degradation) wird die weltweite Entwaldung höchstens verlangsamen, jedoch nicht stoppen. Eine Einbeziehung von REDD-Maßnahmen in den Emissionshandel würde den Markt mit Emissionsrechten überschwemmen und das Instrument weiter schwächen. **Damit der Verlust der Wälder weltweit gestoppt werden kann, müssen die Ziele unter REDD verschärft werden. Eine Einbeziehung von REDD-Maßnahmen in den Emissionshandel ist inakzeptabel.**

- Auf Bali wurde vereinbart, die stetig zunehmenden Emissionen des **Flug- und Seeverkehrs** in das Kyoto-Protokoll einzubeziehen. **In Poznan müssen nun konkrete Vereinbarungen getroffen werden.**

- Alle Post-Kyoto-Verpflichtungen müssen die **aktuellsten wissenschaftlichen Erkenntnisse zum Klimawandel** zu Grunde legen und politische Entscheidungen müssen regelmäßig an diese angepasst werden.



GREENPEACE

□ Um zu verhindern, dass Klimaschutzaktivitäten in die ferne Zukunft verlagert werden, muss ein Abkommen neben langfristigen Zielvereinbarungen auch Zwischenziele festlegen. Damit die Industriestaaten so schnell wie möglich aktiv werden, sind für die zweite Verpflichtungsperiode des Kyoto-Protokolls **jährliche Emissionsminderungen zu vereinbaren.**

Kontakt und weitere Informationen:

Die österreichische Umweltschutzorganisation GLOBAL 2000

Neustiftgasse 36

1070 Wien

Ansprechpartnerin Dipl. Ing. Agr. Silva Herrmann

silva.herrmann@global2000.at

0043/699 14 2000 17

Greenpeace Zentral- und Osteuropa

Fernkorngasse 10

1100 Wien

Ansprechpartner/Delegationsmitglied bei Konferenz in Posen Bernhard Obermayr

bernhard.obermayr@greenpeace.at

0043/664 4904986

Ansprechperson in Wien:

Niklas Schinerl

niklas.schinerl@greenpeace.at

0043/664 6126704